

NA, WIE WAR ICH?

Regierende sollten vom Volk nicht nur gewählt werden.
Sondern auch beurteilt.

AUTOREN: TOBIAS HÜRTER UND THOMAS VAŠEK

Was Politiker heute tun, entscheidet über morgen. Aber zu oft denken sie nur an heute: an die nächste Wahl. Das führt dazu, dass auf lange Sicht etwas systematisch falsch läuft: Schulden? Sollen meine Nachfolger abtragen. Klimawandel? Nach mir die Sintflut! Jeder weiß, dass diese Haltung zum Schaden der Allgemeinheit ist. Aber aus der Froschperspektive der Politiker ist sie nun mal die natürliche Haltung: Ohne Wahlsieg geht halt gar nichts. Daher schlagen wir vor, die Regeln zu ändern, und zwar so, dass ein Wahlsieg nicht mehr alles ist. Wir schlagen vor, dass bei jeder Wahl die Wähler nicht nur über die künftige Regierung abstimmen, sondern auch über die

Leistung einer vergangenen Regierung. Konkreter: Die Wahlunterlagen sollen um ein Blatt ergänzt werden, das dem Wähler die Frage stellt: »Wie bewerten Sie die Arbeit der Regierung in der Legislaturperiode von 20XY bis 20ZV?« Sagen wir, auf einer Skala von 1 bis 10. Das Ergebnis ist eine Note für eine vergangene Regierung, vergeben vom Volkssouverän. Ohne weitere Konsequenzen. Die Note spricht und wirkt für sich. Davon versprechen wir uns, dass den langfristigen Auswirkungen politischer Entscheidungen mehr Aufmerksamkeit von Regierenden und Regierten zuteil wird. Im Wahlkampf geht es nicht nur um die aktuelle und die künftige Politik, sondern auch um eine Bewertung der Politik der Vergangenheit. Es ist sicherlich sinnvoll, dieser Bewertung Zeit zu lassen, bis die Auswirkungen der bewerteten Politik sichtbar sind. Bei der Bundestagswahl am 22. September würden die

Wähler also zum Beispiel über die Regierungspolitik in der ersten oder zweiten Amtsperiode von Bundeskanzler Gerhard Schröder und seiner rot-grünen Regierung abstimmen. Die Medien würden deren Agieren nochmals zusammenfassen und analysieren, sie würden fragen, was aus deren Reformen des Gesundheitswesens (Schmidt), des Arbeitsmarkts (Hartz) und des Rentensystems (Rürup) – was aus der ganzen »Agenda 2010« geworden ist. Von all diesen Vorhaben wird heute, nur wenige Jahre später, nur noch wenig gesprochen. Doch ihre Folgen spüren wir alle. Gerhard Schröder und Co. müssten sich für ihr damaliges Vorgehen rechtfertigen.

Eine solche rückblickende Bewertung würde nicht die Unabhängigkeit der Gewählten kompromittieren. Sie schränkt die Freiheit politischer Entscheidungen nicht ein. Dennoch würde sie wirken. Sie würde das Bewusstsein der Wähler für die langen Linien der Politik schärfen. Die Verantwortlichen wüssten, dass sie für ihre heutigen Beschlüsse morgen noch einmal geradestehen müssen, dass ihre Versprechen einst mit der Wirklichkeit abgeglichen werden. Seinen eigentlichen Segen würde dieser Abstimmungsprozess in der Antizipation der Beteiligten entfalten. Er wirkt gegen die Unsitte, auf Kosten der Zukunft zu regieren.

Unser Vorschlag will die Regierenden dort packen, wo sie am empfindlichsten sind: bei ihrer Eitelkeit. Wer Politiker wird, möchte in die Geschichtsbücher eingehen – und zwar nicht als einer, der es vermasselt hat. Altkanzlern ist sehr daran gelegen, auch nach ihrer Amtszeit gut in der Öffentlichkeit dazustehen. Unser Vorschlag zeigt ihnen

einen Weg dorthin: Politik machen, die auch langfristig sinnvoll ist. Kurzsichtige Pseudoreformen und »Privatisierungserfolge« sind nicht mehr so verlockend. Nun wäre ein Einwand, dass jede Wahl ohnehin schon ein Verdikt über die letzte Regierung ist – wozu dann noch eine weitere Abstimmung? Stimmt zwar, aber nur zu einem geringen Teil. Zunächst einmal akkumuliert ein Wahlergebnis die Erwartungen der Wähler für die Zukunft. Zwar fließt in diese Erwartungen auch ein, wie die Wähler die Vergangenheit bewerten, aber das ist nur ein Aspekt unter vielen. So kann ein Wähler in einer bestimmten Partei die beste Option für die Zukunft sehen, obwohl er von ihren vergangenen Leistungen wenig hält. Das kann gerade dann vorkommen, wenn sämtliche Parteien nur kurzfristige Politik machen. Eine zusätzliche Abstimmung über die vergangene Politik würde das Urteil über die Vergangenheit von den Erwartungen an die Zukunft entkoppeln – und Politiker und Parteien belohnen, die über die nächste Wahl hinausdenken. Es ist inzwischen üblich, dass Arbeitgeber ihre Arbeitnehmer beurteilen. Studenten evaluieren die didaktische Leistung ihrer Professoren, Unternehmen lassen sich von ihren Kunden bewerten. Und ausgerechnet die Volksvertreter sollen unbenotet davonkommen? Dafür gibt es keinen Grund. Im Gegenteil, ihnen würde es besonders guttun.

Na, wie war ich? Gerade Politiker interessiert das sehr.

.....
TOBIAS HÜRTER UND THOMAS VAŠEK

finden auch das derzeit zur Wahl stehende kleinste Übel ziemlich übel.

DIE THESE

WAHLEN ENTSCHIEDEN über die Zusammensetzung von Parlamenten und damit über künftige Regierungen. Wir schlagen vor, Wahlen um eine retrospektive Komponente zu ergänzen. Die Wähler sollen auf einem zusätzlichen Stimmzettel die Arbeit einer vergangenen Regierung beurteilen. Davon versprechen wir uns, dass Politiker und Wähler die langfristigen Wirkungen politischer

Entscheidungen besser im Blick behalten. Deren Reichweite würde über die nächste Wahl hinaus bedacht, weil Wähler und Politiker wissen, dass sie nochmals zur Abstimmung stehen, wenn ihre Auswirkungen sich gezeigt haben. In Wahlkämpfen ginge es nicht mehr nur um Versprechen für die Zukunft, sondern auch um ein Verdikt über die Vergangenheit.